BERLIN Berliner Morgenpost | Montag, 16. November 2009

## "Im Haushalt lassen sich bis zu 20 Prozent einsparen"

Berlins Finanzsenator Ulrich Nußbaum sieht im Landes-Etat ausreichend Luft, um 250 Millionen Euro zu streichen

Nach einem knappen halben Jahr als Finanzsenator hat Ulrich Nußbaum erste Akzente in der Haushaltspolitik gesetzt. Jens Anker und Joachim Fahrun sprachen mit dem parteilosen Unternehmer über seine Strategie, seine Ziele und die Vorgabe, 250 Millionen Euro einzusparen Dies sei nötig, um nicht gegen das ab 2020 geltende Verbot neuer Schulden zu verstoßen.

Berliner Morgenpost: Herr Nußbaum, wie konnten Sie Ihre Senatskollegen überzeugen, noch einmal 84 Millionen Euro für mehr Kita-Erzieher im Haushalt einzusparen? Ulrich Nußbaum: Nachdem wir die Einigung mit den Initiatoren des Volksbegehrens erzielt hatten, wuchs die Einsicht, dass der Senat noch mal die Frage der Gegenfinanzierung aufgreift und das Problem nicht durch Neuverschuldung löst.

Haben Sie die Sparvorschläge gemacht, oder haben die Senatoren in *ihren Etats gesucht?* 

Wir haben Sparvorschläge - und Sie können davon ausgehen, dass das nicht nur Sparvorschläge in Höhe von 84 Millionen Euro sind -, aber es gab die Absprache mit den Senatskollegen, dass wir zunächst nur über Summen reden und sie dann selbst in ihren Etats nach Möglichkeiten suchen. Die Alternative wäre gewesen, dass ich ihnen genau jeden Haushaltstitel nenne, den wir streichen. Darauf haben die Kollegen gerne verzichtet.

Heißt das, dass bis zur endgültigen Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2010/2011 noch weitere Sparerfolge zu erwarten sind?

Das Haushaltsverfahren steht vor dem Abschluss. Es hat im März begonnen und wird voraussichtlich im Dezember beendet sein. Ein so komplexes Verfahren mit 22,5 Milliarden Euro und Tausenden von Haushaltstiteln können Sie nicht kurz vor Toresschluss auf den Kopf stellen. Wir haben das gemacht, was möglich war, haben aber mit der mittelfristigen Finanzplanung gezeigt, in welche Richtung der Zug fährt. Das kleine Erfolgserlebnis mit den 84 Millionen hat mir gezeigt, dass auch das große Erfolgserlebnis mit 250 Millionen Euro möglich ist.

Dass heißt, Sie gehen davon aus, dass man so ein Verfahren noch zwei oder drei Mal machen kann?

Es ist immer hilfreich zu wissen, für was man spart. Das war ja bei den Kita-Stellen der Fall. Das war ja für einen guten Zweck.

Sie machen 5,6 Milliarden Euro Schulden. Wäre es nicht einfacher gewesen zu sagen, jetzt machen wir statt 5,60 Milliarden Euro 5,61 Milliarden Euro Schulden?

Man muss schon aufpassen, dass man bei den großen Zahlen nicht die Wertschätzung für die kleinen Zahlen verliert. Da bin ich als mittelständischer Unternehmer gut vorbereitet. Für eine halbe Million Euro muss eine alte Oma lange stricken. Es lohnt sich genauso, über 100 000 Euro oder 500 000 Euro zu streiten. Auch wenn der ein oder andere das nicht versteht.

Die Koalition hat es nicht geschafft, die notwendigen Stimmen für die Besetzung des Rechnungshof-Präsidenten zusammenzubekommen. Steht die rot-rote Mehrheit, wenn es um heikle Entscheidungen geht, etwa zum Haushalt?

Ich bin da sehr optimistisch. Ein Haushalt ist gemeinsame Aufgabe, bei dem es, wie schon vorher ausgeführt, auch um politische Schwerpunkte geht, die für die Parteien wichtig sind. Die Abgeordneten verwenden viel Zeit darauf, über den Haushalt zu diskutieren; das finde ich wichtig und richtig, und am Schluss wird ein fertiger Doppelhaushalt stehen.

Um mit der Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 zurechtzukommen, müssen noch 250 Millionen Euro aus dem Haushalt gestrichen werden. Wo wollen Sie das erreichen?

Dazu werde ich mich zu gegebener Zeit äußern. Die besten Ideen nützen in der Politik nichts, wenn man nicht das richtige Zeitfenster dafür wählt. Jetzt ist die falsche Zeit.

Aber es scheint so, dass in den Verwaltungen jede Menge Luft liegt. Beim Geschäftsbereich der Polizei werden von 5,7 Millionen Euro fast 25 Prozent gestrichen, ohne dass der Betrieb zusammenbricht. Geht so etwas auch in anderen Verwaltungen? In der Wirtschaft zeigt die Erfahrung, wenn man sich ein Unternehmen zum ersten Mal ansieht, dass zehn bis 20 Prozent Einsparpotenzial vorhanden ist. Ich unterstelle mal, das kann man auch in einem öffentlichen Haushalt ereichen. Dazu brauchen Sie aber auch eine politische Verständigung darüber, was wichtig ist und was nicht. Politik besetzt immer auch Themen, bei denen ein Unternehmer sagen würde, das kann ich durch die Einnahmen nicht leisten.

Gibt es denn in der Stadt zurzeit eine Debatte über Aufgabenkritik?



Finanzsenator Ulrich Nußbaum sieht die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst "in guten Gesprächen" – und der Ton stimme auch

FOTO: HEERDE

Aufgabenkritik ist das zweite Feld. Ich bin jetzt erst einmal dabei zu fragen, wo liegen unsere Schwerpunkte? Wir können alles zu Schwerpunkten erklären, dann kommen wir mit 22,5 Milliarden Euro aber nicht aus. Neben Schwerpunkten gibt es immer auch Dinge, die nachrangig sind. Darin besteht die Schwierigkeit: den Leuten, die diese weniger wichtigen Felder politisch vertreten, zu sagen, ihr bekommt weniger Geld.

Ist es möglich, die 250 Millionen Euro im Haushalt zu finden ohne so eine grundsätzliche Diskussion? Nein. Diese Größenordnung ist nur im Rahmen einer politischen Diskussion zu erreichen.

Sehen Sie in der Regierungskoalition eine Bereitschaft darüber?

Das weiß ich nicht. Es muss aber bis zu den Verhandlungen für den nächsten Haushalt 2012/2013 ge-

Da kommt Ihnen die Abgeordnetenhauswahl 2011 aber ungelegen, im Wahlkampf bleibt kaum Zeit für harte Einschnitte.

Ich schließe nicht aus, dass durch die Wahl andere Akzente gesetzt werden. Für mich ist heute nicht so wichtig, welche Akzente gesetzt werden. Wichtig ist, dass die Rahmenbedingungen stehen, nämlich, dass im Jahr 2012 250 Millionen eingespart werden.

Ist das ein realistisches Ziel?

Ich lege mich da fest. Wenn die Dienst übernehmen, man braucht Steuerbasis nicht weiter wegbricht, dann können wir es in einem 22,5-Milliarden-Haushalt schaffen, diese Summe einzusparen.

Muss es einen weiteren Personalabbau geben?

Ich will mich da heute nicht festlegen. Wir sollten uns erst einmal auf die selbst gesetzte Marke zubewegen. Dann werden wir weitersehen. Es hängt davon ab, wie wir Strukturen verändern und ob es uns gelingt, Doppelstrukturen abzubauen und mit modernen EDV-Systemen zu arbeiten – das gehört ja alles zusammen. Einfach zu sagen, wir bauen Personal ab, reicht nicht.

 $Wo\,sehen\,Sie\,Doppelstrukturen?$ Aus der Geschichte der Ost-West-Problematik haben wir noch Doppelstrukturen, man kann sich auch die Frage stellen, wie organisiert man berlinweit mit den Bezirken

Was heißt das konkret?

Man könnte zum Beispiel beschließen, dass wir die Gewerbeanmeldung in zwei oder drei Bezirken konzentrieren und nicht in jedem Bezirk vorhalten. Das hieße aber nicht, dass die Leistung nur in diesen drei Bezirken angeboten wird, sondern wie bisher in allen Bezirken, aber die Bearbeitung der Dienstleistung fände in einem dieser Kompetenzzentren statt. Man könnte viele Dinge aus dem Wirtschaftsleben in den öffentlichen

dazu aber den politischen Willen.

Wie sieht es bei den öffentlichen Betrieben aus? Es gibt derzeit die Diskussion, sie nicht mehr ausschließlich wirtschaftlich aufzustellen, sondern wieder vermehrt mit sozialen Aufgaben zu betrauen?

Ich warne davor, mit Begriffen wie Sozialrendite oder Stadtrendite abzulenken. Unternehmen haben die Aufgabe, Gewinne zu erzielen, weil diese Gewinne es ihnen erlauben, Investitionen zu tätigen, damit sie zukunftsfähig bleiben. Daneben gibt es aber bei jedem Unternehmen eine Einbettung in einen sozialen Raum. Selbst ich mit meinem Unternehmen bin ja kein kalter Gewinnmaximierer, sondern stehe in sozialer Verantwortung. Meine Position dazu ist, die öffentlichen Unternehmen müssen sich wirtschaftlich aufstellen. Gleichzeitig müssen wir uns als Eigentümer fragen: Was

Können Sie das an einem Beispiel erläutern?

Nehmen wir die Wohnungsbaugesellschaften. Sie sollen einen Ertrag erwirtschaften. Gleichzeitig erwarte ich von diesen Unternehmen. dass sie den sozialen Zusammenhalt in der Stadt erhalten, indem sie jedenfalls nicht wie eine Heuschrecke die Mieten exorbitant erhöhen. Dann mache ich eine Nebenrechnung auf, also, was kostet es mich als Land, dass sie diese Mietsteigerungen nicht mitmachen. Das ist eine

Aufgabe, die in den Stadthaushalt gehört, es ist nicht Aufgabe des Unternehmens, diese politische Vorgabe im eigenen Haus zu finanzieren.

Aber funktioniert so etwas auch bei der hoch verschuldeten BVG?

Da ist es genau das Gleiche. Ich sehe die BVG als Wirtschaftsunternehmen, das mit einer bestimmten Anzahl von Mitarbeitern Nahverkehrsleistungen erbringt. Das ist die Aufgabe. Wenn ich in einem zweiten Schritt aber als Senat sage, ich möchte aber hier eine Straßenbahn-, Bus- oder U-Bahn-Linie haben, die möglicherweise nicht voll ausgelastet ist, oder, dass die Berliner das Angebot auch spätabends nutzen können, dann ist das eine politische Forderung, die ich dem Unternehmen vergüten muss, weil es das nicht anbieten würde, wenn es rein wirtschaftlich handeln dürfte.

Würden Sie dann auch sagen, dass die BVG ihre Preise kalkulieren kann, wie sie will, was sie jetzt nicht kann? Ia. auch da müsste man der BVG erlauben, die Preise so zu erheben, wie sie wirtschaftlich sind. Wir lösen das Problem ja nicht, wenn wir sagen, wir wollen das politisch nicht, aber gleichzeitig wachsen die Schulden der BVG, nur weil man sich nach außen nicht unbeliebt machen will.

Also unterstützen Sie die geforderte Preiserhöhung?

Nein, so einfach ist das nicht. Wenn wir feststellen, dass die Preise nicht

respektvoll "Käpt'n Nuss" genannt. Parteilos Obwohl er mit den Positionen der SPD sympathisiert, hat der verheiratete Vater zweier

"Käpt'n Nuss"

Bremen tätig.

**Bremen** Der 52 Jahre alte Jurist Ulrich Nußbaum ist seit dem 1. Mai

als Nachfolger von Thilo Sarrazin (SPD) Finanzsenator in Berlins rot-rotem Senat. Zuvor war der parteilose Politiker, der in Rheinland-Pfalz geboren wurde, von

2003 bis 2007 in gleicher Funktion

in einer SPD/CDU-Koalition in

Fischhändler Als erfolgreicher

che ist Nußbaum ein Querein-

tionale Fischhandelsfirma, die

Unternehmer in der Fischereibran-

steiger in die Politik. In Bremerha-

auch Fangschiffe managt. Wegen

seiner Beziehungen zur maritimen

Vizepräsident der Bremerhavener

Handelskammer in Berliner Koaliti-

Wirtschaft wird der langiährige

onskreisen halb ironisch, halb

ven gehört Nußbaum eine interna-

Kinder es immer abgelehnt, in die Partei einzutreten. 2007 fühlte er sich von den Bremer Sozialdemokraten dazu gedrängt und verzichtete deshalb auf den Posten des Wirtschaftssenators.

auskömmlich sind trotz des 250-Millionen-Euro-Zuschusses des Landes und die Schulden trotzdem weiter wachsen, dann haben Sie nur zwei Möglichkeiten: Entweder Sie knallen das Defizit in den Landeshaushalt, oder Sie specken das Angebot ab. Aber zu duschen, ohne sich nass zu machen, das geht nicht.

Ist eine Lösung denkbar, die S-Bahn zurückzukaufen und mit deren Gewinnen das Defizit bei der BVG zu verringern?

Wir müssen uns schon die Frage stellen, ob man im Verkehrsbereich Berlin nicht ein einheitliches Angebot macht. Es kann ja nicht sein, dass das Verkehrsmittel vorgibt, mit welcher Firma ich unterwegs bin. Nun können Sie die Bahn AG aber nicht zwingen, die S-Bahn zu verkaufen. Wenn ich die S-Bahn für einen Schnäppchenpreis bekommen könnte, würde ich als Finanzsenator auch überlegen, ob man sie nicht

Wie groß ist der Druck aus den Regierungsparteien auf Sie, bei den Tarifverhandlungen mit dem öffentlichen Dienst ein gutes Ergebnis zu erzielen?

Ich verspüre keinen Druck. Da bin ich ganz entspannt. Beide Seiten treten mit unterschiedlichen Zielsetzungen an, wir befinden uns aber in guten Gesprächen, und der Ton stimmt auch.

Umfrage: Soll Berlin die S-Bahn kaufen? www.morgenpost.de/berlin

## Berliner Luxus ist nicht elitär, sondern demokratisch

Doktorand der TU hat ihn erforscht. Mode-Expertin Suzy Menkes lädt zu Konferenz ins Ritz Carlton

■ VON ALEXANDRA MASCHEWSKI

Paris, Neu-Delhi, Moskau, Istanbul, Dubai, Hongkong - und nun Berlin. Am Dienstag und Mittwoch findet im Ritz Carlton die "Luxury Conference" statt, die vor neun Jahren von der englischsprachigen Zeitung International Herald Tribune ins Leben gerufen wurde. Schirmherrin ist die weltberühmte Modejournalistin Suzy Menkes, die im vergangenen Sommer bereits die Berliner Fashion Week besucht hatte – eine Auszeichnung für die noch junge Modewoche.

Åm 17. und 18. November werden rund 350 Delegierte aus 31 Ländern in der deutschen Hauptstadt zu Gast sein, um hochkarätig besetzte Vorträge zu besuchen, die diesmal unter dem Oberthema "Techno Luxury" stehen. Welche Möglichkeit bieten die neuen Technologien für die Luxusgüterindustrie?

Damit werden sich Redner wie Christopher Bailey von Burberry, Frida Giannini von Gucci und Claus-Dietrich Lahrs von Hugo Boss auseinandersetzen. Sogar Supermodel Claudia Schiffer wird sich aufs Podium begeben und Suzy Menkes Rede und Antwort stehen. Ein wenig aus der Rolle fällt indes ein junger Berliner: Klaus Heine, Doktorand am Lehrstuhl Marketing von Professor Volker Trommsdorff an der Technischen Universität (TU) Berlin. "Is Berlin luxury the future luxury?" (Ist der Berliner Luxus der Luxus der Zukunft?) lautet das Thema, dem er sich in seinem Vortrag widmen wird. In etwas tristen TU-Räumen an der Wilmersdorfer Straße forscht er zum Thema "Luxury Brand Identity". "In Deutschland existiert diese Marketing-Forschungsrichtung so gut wie gar nicht. Dabei gibt es ja so einige erfolgreiche Luxusmarken", erzählt Heine. Die Bandbreite reiche von Automobilen über Mode bis hin zu Porzellan und klassischen Musikinstrumenten. Gemeinsam hätten all diese Produkte, dass sie "eine gewisse Aura" umgebe. Das Thema anscheinend auch - die erste Veranstaltung, die Heine an der Uni anbot, stieß auf ein extrem großes Interesse bei den Studenten.

Ein positives Feedback erhofft er sich auch von seinem Vortrag bei der Konferenz. Dann wird er die Markenpersönlichkeit von Modelabels wie Hermès oder Jil Sander unter die Lupe nehmen. Wie sind diese Marken emotional aufgeladen? Welches Image wird in den Werbekampagnen vermittelt, signalisiert es zum Beispiel Verlässlichkeit oder einfach nur Lebensfreude? Im Vorfeld haben Heine und seine Studenten dazu 30 Millionäre sowie 20 Young Professionals befragt. Erst in den vergangenen Tagen ausgewertet wurde eine Umfrage unter rund 50 Vertretern der Modebranche.



Modisches Führungspersonal: die **Journalistin Suzy Menkes, Designer** Karl Lagerfeld

darunter auch viele Studenten, die Mode aus Berlin, aber auch die Stadt selbst beurteilen sollten. Das Ergebnis will Heine am Mittwoch vorstellen. "Meine These ist, dass es in Berlin Präferenzen von Kunden gibt, die eher untypisch sind", sagt Heine.

In der Hauptstadt sei der Luxus demokratischer, nicht ganz so elitär. "Oder vielleicht auch auf eine andere Weise, wenn man zum Beispiel Mitte betrachtet, wo das Szenevolk vielleicht keine teuren Luxusmarken trägt, sich aber durch die ,richtigen' Marken und das Verhalten elitär gibt."

Ob dieser "demokratische, tolerante Luxus" vielleicht besonders zeitgemäß und damit eine Marktlücke ist, die nicht nur Berliner, sondern auch traditionelle Marken nutzen können, das möchte Heine diskutieren. Für ihn geht es bei seiner persönlichen Definition von Luxus übrigens weniger um Preis und Qualität, sondern um ideelle Werte. Aber auch seine Teilnahme an der Konferenz wird er sicher als Luxus bezeichnen, denn zum einen freut er sich schon auf die Vorträge und zum anderen schlägt eine Teilnahme als Delegierter mit fast 2500 Pfund zu Buche.

